



WIRTSCHAFTS
FORUM
DER SPD E.V.

Europapolitische Agenda 2030

Ein Positionspapier des
Wirtschaftsforums der SPD e.V.

Inhaltsverzeichnis

1. Die EU als verlässlicher Partner in der Welt	6
■ Internationale Organisationen stärken	6
■ Kooperative Handelspolitik statt Abschottung und Blockbildung vorantreiben	6
■ Energiepartnerschaften stärken	6
■ Rohstoffpartnerschaften ausbauen	7
■ Europäische Sicherheits- und Verteidigungsindustrie stärken	7
2. Fragmentierung überwinden – den europäischen Binnenmarkt vollenden	9
■ Kapitalmarktunion schaffen	9
■ Bankenunion vollenden	9
■ Digitalen Binnenmarkt realisieren	9
■ Energiebinnenmarkt stärken	10
3. Eine einheitliche europäische Industriepolitik entwickeln	11
■ Mit dem Clean Industrial Act industrielle Wertschöpfung in Europa sichern	11
■ Zukunftstechnologien fördern	11
■ Wettbewerbsrecht und Beihilferecht modernisieren	12
4. Europäische Governance stärken	13
■ Die Wirtschafts- und Währungsunion zu einer Fiskalunion weiterentwickeln	13
■ Entbürokratisierung endlich auf den Weg bringen	13
■ No more German Vote & Gold-Plating	14

Einleitung

Die Europäische Union und damit auch jeder einzelne Mitgliedstaat steht vor den tiefsten geopolitischen und geoökonomischen Veränderungen seit dem Zweiten Weltkrieg. Geopolitisch befinden wir uns in einer Phase, in der die Grundlagen des Völkerrechts, die Akzeptanz globaler Institutionen in Frage gestellt werden, kriegerische Auseinandersetzungen zunehmen und sich neue Blockbildungen entwickeln. Damit verändert sich die Statik der internationalen Ordnung und der internationalen Beziehungen fundamental. Geoökonomisch erleben wir die Rückkehr des Protektionismus, der Handelskonflikte, einen Kampf um technologische Dominanz, die Sicherung von global verteilten Ressourcen und den Versuch, ökonomische Abhängigkeiten und Einflussphären abzustecken.

Europa ist mit einer multipolaren Welt konfrontiert und muss sich gleichzeitig in der Triade USA-China-Europa behaupten und seine Resilienz und Handlungsfähigkeit sichern bzw. neu entwickeln. Auf diese neue Konstellation ist Europa nur begrenzt vorbereitet. Die Fragmentierung und die Konflikte in der EU nehmen zu, nationale Interessen gewinnen immer mehr Einfluss auf europäische Politik, die Strategie- und Handlungsfähigkeit der EU stehen in Frage.

Dies alles geschieht vor dem Hintergrund des Verlustes an ökonomischer und technologischer Wettbewerbsfähigkeit und der damit verbundenen Zunahme ökonomischer, technologischer, ressourcen-orientierter und militärischer Abhängigkeiten.

All diesen Herausforderungen kann nur eine geschlossene, handlungsfähige, strategiefähige Europäische Union entgegentreten. Europa hält an einem regelbasierten System im Bereich der Handelspolitik fest. Dabei geht es darum, fairen Wettbewerb zu sichern, ein Level-Playing-Field zu gewährleisten und unfairen Handelspraktiken zu begegnen. Umgekehrt hieße die Ultima Ratio, dass Europa zur Sicherung seiner industriellen Basis und der damit verbundenen Wertschöpfungsketten gezielte Gegenmaßnahmen ergreift, werden die genannten Kriterien nicht erfüllt.

Das setzt entschlossenes Handeln von Kommission, Mitgliedstaaten und den europäischen Institutionen voraus. Dazu braucht Europa ein klares ökonomisches, industriepolitisches, technologiopolitisches und sicherheitspolitisches Handlungskonzept. Die bisherige Kultur der friendly ambiguity ist dabei weder zielführend noch problemadäquat.

Es gilt in den nächsten Jahren um nicht mehr und nicht weniger als um die Frage, welche Rolle Europa in dieser neuen weltpolitischen Lage einnehmen kann und will. Wird Europa zum Spielball geopolitischer und geoökonomischer Konflikte und Herausforderungen, ist die EU ein globaler Akteur, der in der Lage ist, seine Interessen zu definieren und durchzusetzen, seine Werte zu sichern und zu verteidigen und einen kooperativ-eigenständigen Weg zu beschreiten?

Dazu muss Europa auf unterschiedlichen Feldern klare Prioritäten, Politiken und Instrumente auf den Weg bringen. Dazu ist notwendig:

- eine ökonomische Wachstumsagenda zu definieren und auf den Weg zu bringen,
- eine gezielte Industriepolitik zur Stärkung des Standortes, um Wettbewerbsfähigkeit, Resilienz, Infrastrukturen und technologische Souveränität zu sichern,
- eine gezielte Vertiefung im Rahmen der EU zur Stärkung des Binnenmarktes und der Mobilisierung der darin liegenden Wachstums-, Investitions- und Beschäftigungsmöglichkeiten,
- eine offensive Handelspolitik zu betreiben, um den regelbasierten Welthandel aufrecht zu erhalten und so die Vorteile einer ökonomischen Arbeitsteilung zu ermöglichen,
- die Sicherheits- und Verteidigungsfähigkeit zu stärken, sowohl durch den Aufbau verteidigungs- und bündnisfähiger militärischer Kapazitäten als auch durch die Stärkung der europäischen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie,
- eine investitions- und innovationsorientierte Governance auf den Weg zu bringen, die durch ein intelligentes Zusammenspiel von privaten und öffentlichen Investitionen gefördert wird, gezielten Bürokratieabbau und Mikrosteuerung reduziert und fiskalische Flexibilität sowohl im EU-Haushalt wie in den Mitgliedsländern für Investitionen und Innovationen ermöglicht,
- auch institutionelle und verfahrensrechtliche Maßnahmen auf den Weg zu bringen, die Entscheidungen beschleunigen und Blockaden einzelner Mitgliedstaaten reduzieren.

Die europapolitischen Zuständigkeiten in der Bundesregierung müssen zusammengeführt werden. Dazu werden die entsprechenden Kompetenzen und Abteilungen im Bundeskanzleramt gebündelt.

1. Die EU als verlässlicher Partner in der Welt

Europa muss das regelbasierte, internationale System verteidigen, sichern und weiterentwickeln. So kann sich Europa als fairer, verlässlicher und kalkulierbarer Partner in einer veränderten Welt positionieren und einen Beitrag dazu leisten, dass ein fairer Interessenausgleich möglich bleibt.

Internationale Organisationen stärken

In einer multipolaren Welt muss die Bedeutung internationaler Organisationen als Plattform für Kooperation, Koordination, Konfliktregulierung und Interessenausgleich gesichert und gestärkt werden. Dazu gehören die Vereinten Nationen mit ihren Unterorganisationen, die Welthandelsorganisation, der Internationale Währungsfonds, die Weltbank und globale Plattformen wie zum Beispiel die Conference of the Parties.

Kooperative Handelspolitik statt Abschottung und Blockbildung vorantreiben

Der Wohlstand Europas und insbesondere Deutschlands beruht in hohem Maße auf dem Außenhandel. Die zunehmende Aushöhlung und der drohende Zerfall des regelbasierten internationalen Handels würden uns in besonderem Maße treffen. Dabei gilt es, handelspolitische Ungleichgewichte abzubauen. Europa braucht eine offensive handelspolitische Agenda. Die Zahl der Handelsabkommen der EU mit anderen Ländern und Regionen muss konsequent ausgebaut und erweitert werden. Bereits ausgehandelte Handelsabkommen müssen endlich beschlossen und weitere Abkommen in strategisch wichtigen Regionen wie Indien und im ASEAN-Bereich vorangetrieben werden.

Dabei dürfen Handelsverträge nicht überfrachtet werden durch überfordernde Standards und Regulierungen. Dazu gehört auch in handelspolitischen Fragen das EU-only-Prinzip zu stärken und da wo notwendig, Mehrheitsentscheidungen herbeizuführen. Wenn von dritter Seite handelspolitische Konflikte und Instrumente gegen die EU auf den Weg gebracht werden, sollte Europa seine handelspolitischen Schutzinstrumente einsetzen und angemessene Antworten formulieren und auf den Weg bringen.

Energiepartnerschaften stärken

Die EU sowie viele einzelne Mitgliedstaaten sind Importeure von Primärenergiequellen. Im Rahmen der sukzessiven Abkehr von fossilen Energien müssen zugleich neue Energiepartnerschaften aufgebaut werden. Dies gilt insbesondere für langfristige Lieferverträge von Wasserstoff bzw. deren transportfähigen Derivaten. Für den Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft sind industriepolitische Unterstützungsmaßnahmen notwendig, wie Deutschland dies bereits mit H₂-Global gezeigt hat. Entlang dieser Linie von doppelten Auktionen (mit staatlichem Backup), sollte auch die Europäische Wasserstoffbank ausgebaut und weiterentwickelt werden.

Zugleich ist für die Energiewende unerlässlich, den europäischen Strommarkt besser zu integrieren. Infrastrukturen wie zum Beispiel transeuropäische Konnektoren müssen dabei eine hohe Priorität haben und deutlich ausgebaut werden.

Rohstoffpartnerschaften ausbauen

Rohstoffe sind ein zentraler Baustein für die Transformation der Industriegesellschaft. Durch den Hochlauf von erneuerbaren Energien wie Solar, Wind, Wasserstoff (Elektrolyseuren) und Batteriezellen wird der Bedarf an kritischen Mineralien exponentiell anwachsen. Ressourcen und Rohstoffe, die es in Europa und den Mitgliedsländern gibt, müssen daher konsequent identifiziert und genutzt werden. Dazu müssen die bergbaurechtlichen Voraussetzungen vereinfacht und modernisiert werden. Zentral bleibt jedoch der Import von kritischen Mineralien – hier können Rohstoffpartnerschaften mit Ländern des globalen Südens, in denen eine dortige Wertschöpfungskette zur Verarbeitung unterstützt wird, eine Win-Win-Situation schaffen.

Dafür müssen bestehende und neue Finanzierungsinstrumente, die privates Kapital mobilisieren, entwickelt werden. First losses sollten staatlich abgesichert werden. In diesem Kontext muss auch die Rolle der Europäischen Investitionsbank gestärkt werden. Der Nationale Rohstofffonds der Bundesregierung muss die europäischen Strukturen sinnvoll ergänzen. Das Instrument des ungebundenen Finanzkredites muss die Bundesregierung ausbauen und auch bereit sein, höhere Abdeckungen (bis zu 90%) zu gewähren. Zur Ressourcensicherung muss die Kreislaufwirtschaft gestärkt werden. Hier liegen erhebliche Potenziale, um Ressourcenabhängigkeiten zu reduzieren, Ressourceneffizienz zu erhöhen und neue Geschäftsfelder zu entwickeln.

Europäische Sicherheits- und Verteidigungsindustrie stärken

Die europäische Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (SVI) muss in den nächsten Jahren gezielt gestärkt und entwickelt werden, mit dem Ziel, in allen relevanten militärischen Bedarfen und Technologien über eigenständige europäische Anbieter zu verfügen. Dazu ist eine gezielte Industriepolitik für die SVI erforderlich. Die Berufung eines Kommissars für diese Aufgaben ist ein erster, wichtiger Schritt. Darüber muss es gelingen, im Rahmen einer europäischen Arbeitsteilung und im Rahmen europäischer Kooperationen, die notwendige Ausrüstung für die europäischen Armeen zur Verfügung zu stellen, gemeinsame Zukunftsprojekte zu entwickeln und die Technologiebasis und Kompetenz zu entwickeln und zu verbreitern. Dazu gehört auch, dass die Zahl der eingesetzten Waffensysteme in Europa zu konzentrieren und zu einer Standardisierung bei der Beschaffung bestimmter Systeme zu kommen. Das ist eine Voraussetzung dafür, dass mehr Kosteneffizienz erreicht und eine Skalierung von Systemen schneller erreicht werden kann.

Zeitenwende heißt auch hier nicht nur Verteidigungspolitik, sondern v.a. Industriepolitik für die Verteidigungsindustrie. Schlüsseltechnologien müssen europäisch definiert und die Wertschöpfungskette gestärkt werden – durch bessere Regulatorik, aber auch durch staatliche Unterstützungsmaßnahmen. Dazu gehört auch, dass Beschaffungsprojekte wo immer möglich an europäische Anbieter vergeben werden.

Der deutschen Zeitenwende muss daher auch eine europäische Zeitenwende folgen. Die »Permanente Strukturierte Zusammenarbeit« (PESCO) muss deshalb gestärkt werden. Perspektivisch muss die europäische Verteidigungspolitik ein eigenständiger Pfeiler in der Zusammenarbeit innerhalb der NATO werden. Ziel muss es sein, gemeinsame Beschaffungsprojekte auf der Basis standardisierter, leistungsfähiger Rüstungsgüter zu entwickeln und dabei auf gold-plating zu verzichten.

Der Finanzierungsbedarf der europäischen Verteidigungsindustrie kann nicht allein durch reguläre Haushaltsmittel erfolgen. Der Anteil der Ausgaben für Sicherheit und Verteidigung am BIP muss erhöht werden. Dazu ist die Finanzierungsbasis zum Beispiel durch gemeinsame europäische Anleihen zu verbreitern.

2. Fragmentierung überwinden – den europäischen Binnenmarkt vollenden

Europas wirtschaftliches Herz und Stärke ist ein funktionierender Binnenmarkt. Nur so können Skalierungseffekte genutzt werden und die Marktmacht Europas auf internationaler Ebene genutzt werden, um zusätzliches Wirtschaftswachstum zu schaffen und die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen zu stärken. Deshalb sind jetzt Initiativen erforderlich, um den Binnenmarkt zu vertiefen und leistungsfähiger, innovations- und wachstumsorientierter zu gestalten. Um diese Ziele zu erreichen, müssen die Entscheidungsfindungsprozesse in Europa angepasst werden: Mehrheitsentscheidungen müssen möglich sein.

Folgende Themen sind von zentraler Bedeutung:

Kapitalmarktunion schaffen

In Europa werden unternehmerische Investitionen hauptsächlich durch Fremdkapital, also bankenfinanziert, gestemmt. In den USA wird hingegen sehr viel mehr eigenkapitalfinanziert, insbesondere durch die dort attraktiven Börsen- und Kapitalmärkte. Das Verhältnis von Fremd- zu Eigenkapital ist in den USA in etwa genau umgekehrt zur Finanzierungslandschaft in der EU. Die Kapitalmärkte in Europa müssen mehr integriert werden. Auch gehen europäische Start-ups bzw. Scale-ups gerne den Weg in die USA aufgrund der dort besseren Bedingungen – so ist auch z.B. Biontech an die Börse in New York gegangen. Um die Attraktivität des Standorts Europa, vom Start-up bis zur Großindustrie, zu stärken und die Investitionsbedingungen zu verbessern, ist eine Vollendung der EU-Kapitalmarktunion unumgänglich.

Bankenunion vollenden

Die Entwicklung der Bankenunion als Antwort auf die Verfehlungen der Weltfinanzkrise 2008 war ein wichtiger Baustein für Stabilität und Integrität im europäischen Bankensektor. Die ersten zwei Säulen, der einheitliche Aufsichtsmechanismus und der einheitliche Abwicklungsmechanismus, leisten bereits eine wichtige Arbeit. Zentral zur Integration der europäischen Finanzmärkte ist jedoch auch die Umsetzung der noch offenen dritten Säule der Bankenunion, das gemeinsame Einlagensicherungssystem – unter Berücksichtigung der Besonderheiten der deutschen Bankenlandschaft.

Digitalen Binnenmarkt realisieren

Trotz eines europäischen regulatorischen Rahmenwerks in der Digitalpolitik besteht bis heute kein lückenloser gemeinsamer digitaler Binnenmarkt. Insbesondere im Datenschutzrecht besteht eine Fragmentierung, da nationale Datenschutzaufsichtsbehörden – in Deutschland noch weiter föderal zersplittert durch Landesdatenschutzaufsichtsbehörden – die Rechtslage unterschiedlich anwenden, interpretieren und vollziehen. Eine Harmonisierung ist hier notwendig, damit die DSGVO kein Flickenteppich bleibt. Zudem ist die »Schwester der DSGVO«, die E-Privacy-Verordnung, innovationsfreundlich zu verabschieden, damit Rechtssicherheit besteht.

Im Bereich der Künstlichen Intelligenz droht Europa zurückzufallen. »AI made in Europe« darf nicht heißen, dass die KI nichts kann und nichts darf. Stattdessen ist auf eine technologiefördernde Regulierung auf den Weg zu bringen und bei der Umsetzung auf eine Harmonisierung zu achten. Der AI Act muss ein living document sein, welcher auch nach Verabschiedung in dieser Legislaturperiode einer beständigen Revision unterworfen ist.

Europäische Unternehmen sind weltweit führend in der Vernetzung und digitalen Transformation der Industrie. Das B2B-Ökosystem darf nicht zum Kollateralschaden einer Regulierung werden, die v.a. auf das Verhältnis Platform-to-Consumer (P2C) schaut. Stattdessen muss europäische Digitalpolitik dabei unterstützen, Industrie 4.0 zum Exportschlager zu machen. Europäische Datenräume wie Gaia-X und Spin-offs wie Catena-X oder Manufacturing-X sollten möglichst bottom-up aus der Industrie heraus organisiert sein, ohne einen europäisch-bürokratischen Overhead.

Energiebinnenmarkt stärken

Die europäische Energiewende, die unter den Mitgliedstaaten auch richtigerweise auf einen unterschiedlichen Energiemix an CO₂-freien Energiequellen setzt, kann nur dann als Ganzes sinnvoll gelingen, wenn die Energie- und insbesondere die nationalen Strommärkte miteinander vernetzt werden. Transeuropäische Konnektoren müssen daher eine besondere infrastrukturelle Priorität genießen. Das EU-Strommarktdesign ist umzusetzen und seine Flexibilitäten (bspw. Instrumente wie Differenzkontrakte) zu nutzen, damit europaweit die Strompreise gesenkt werden können. Der europäische Binnenmarkt muss seine gemeinsame Einkaufsmacht nutzen, um attraktive Langfristkontrakte bspw. bei LNG sichern zu können.

3. Eine einheitliche europäische Industriepolitik entwickeln

Die Europäische Union verfügt über keine gesamteuropäische, integrierte industriepolitische Strategie. Eine solche muss, wie auch im Draghi-Bericht dargelegt, auch handelspolitische und fiskalpolitische Instrumente umfassen. Das Ziel muss auch sein, das Nebeneinanderarbeiten in den Silos der Generaldirektorate der Europäischen Kommission zu überwinden.

Mit dem Clean Industrial Act industrielle Wertschöpfung in Europa sichern

Klimapolitik und internationale Wettbewerbsfähigkeit müssen in einer Balance stehen. Nur wenn beides zusammenfällt, kann die ökologische Transformation der Industrie erfolgreich gelingen. Ein zentraler Punkt muss dabei die Senkung der Energiekosten sein, damit die europäische Industrie ihre Wettbewerbsfähigkeit nicht weiter gefährdet. In der nächsten Legislaturperiode muss der bestehende Rechtsrahmen angewandt und umgesetzt anstatt weiter verschärft werden. Es braucht eine europäische Antwort auf den US Inflation Reduction Act, also eine Politik, die Investitionen incentiviert statt abwürgt. Dazu bedarf es einer Industriepolitik, die Kapitalkosten in Dekarbonisierungsprojekte unbürokratisch und schnell unterstützt. Niedrigschwellige Steuerabschreibungen (so wie in den USA) sind hier effektiver als jahrelange IPCEI-Bürokratie. Zudem müssen für bestimmte Sektoren, in denen grüne Produkte einen Kostennachteil haben, diese auch durch Betriebskostenzuschüsse unterstützt werden. Der Staat muss durch ein kluges Marktdesign sowie selbst als Leitanwender grüne Leitmärkte schaffen. Auch das öffentliche Auftragswesen muss nach diesen Kriterien angepasst werden. Zudem bedarf es auch einer größeren Technologieoffenheit, u.a. beim Thema Wasserstoff und Carbon Management.

Zukunftstechnologien fördern

Die europäische Wirtschaft steht vor einem enormen Strukturwandel. Digitale Technologien werden Industrie und Dienstleistungen, sowie deren Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit massiv verändern. Alte Geschäftsmodelle werden sich weiterentwickeln müssen und gleichzeitig neue Geschäftsmodelle entstehen. Dies wird auch mit neuen Anforderungen an die Qualifikation von Beschäftigten verbunden sein.

Resilienz und Wachstum werden in der globalen Ökonomie immer stärker von Innovationskraft, technologischer Durchdringung von Produktions- und Dienstleistungsprozessen und den Zugriff auf die neuesten technologischen Innovationen und Produkte abhängig sein.

Der Wettlauf um Technologieführerschaft in Schlüsselsektoren ist im vollen Gange. Europa darf dabei kein Beobachter dieses Wettlaufes zwischen den USA und China sein, sondern muss in der Lage sein, bei zentralen Schlüsseltechnologien über eigene Kompetenzen, eigene Produktion, eigene F&E-Schwerpunkte verfügen. Daran wird sich sowohl die politische wie die ökonomische Rolle Europas in der Welt entscheiden.

Dazu bedarf es eines zwischen der EU-Kommission und den Mitgliedsländern abgestimmten industrie- und forschungspolitischen Programms für Zukunftstechnologien. Dieses Programm sollte sich v.a. auf folgende Schlüsseltechnologien konzentrieren: Künstliche Intelligenz, Quantencomputing und Kryptographie,

Cloud-Infrastrukturen, Halbleiter/Chips, Batteriezellen und Speicher, Robotik, Pharma, Biotechnologie sowie vernetzte Mobilität. Auch der EU-Haushalt sollte sich entsprechend daran ausrichten und neue Finanzierungsinstrumente im Rahmen eines Zukunftsfonds entwickeln, an dem sich auch private Investoren beteiligen.

Wettbewerbsrecht und Beihilferecht modernisieren

Die Bestimmungen des europäischen Wettbewerbsrechts und Beihilferechts sind wichtig zur Integrität des europäischen Binnenmarkts. Sie entsprechen in dieser Form jedoch nicht mehr den Realitäten und Herausforderungen des globalen Wettbewerbs.

Das europäische Wettbewerbsrecht muss berücksichtigen, dass europäische Unternehmen im Wettbewerb zu den globalen Champions aus den USA und China stehen. Voraussetzungen für die Skalierung von Investitionen müssen geschaffen werden.

Auch das Beihilferecht muss dringend den realen Erfordernissen angepasst werden. Die Transformation erfordert Investitionen in dreistelliger Milliardenhöhe. Der Großteil dieser Investitionen ist durch private Unternehmen zu tätigen, jedoch werden die Investitionsprojekte nur durch eine begleitende öffentliche Anschubfinanzierung möglich sein. Insbesondere sollten Investitionen in Infrastrukturen und Transformationsprojekte – etwa durch Aufnahme in die AGVO – beschleunigt werden.

Erst durch eine Anpassung des Beihilferechts kann global ein Level-Playing-Field geschaffen werden – denn sowohl China als auch die USA stellen öffentliche Mittel, potenziell in Billionenhöhe, bereit. Einer Verzerrung des Binnenmarkts kann potenziell entgegengewirkt werden, indem erstens europäische Strukturen gestärkt und entsprechend fiskalisch ausgestattet werden und zweitens nationale Fördertöpfe für grenzüberschreitende Tätigkeiten geöffnet werden.

4. Europäische Governance stärken

Damit sich die EU den geopolitischen und geoökonomischen Herausforderungen stellen kann, muss sie sich auch institutionell neu aufstellen. Mehrheitsentscheidungen müssen zur Norm, nationale Egoismen und Veto-Möglichkeiten überwunden werden. Es sollte der Grundsatz gelten: Frage nicht, was Europa für Dich und Dein Land tun kann, sondern frage, was Du und Dein Land für Europa tun können.

Die Wirtschafts- und Währungsunion zu einer Fiskalunion weiterentwickeln

Der Stabilitäts- und Wachstumspakt ist aus der Zeit gefallen und genügt nicht den Anforderungen an die Transformation. Das fiskalpolitische Korsett darf nicht dazu führen, dass notwendige öffentliche Anschubinvestitionen ausbleiben und die europäische Wirtschaft dadurch weiter zurückfällt. Die Antwort der EU auf den exogenen Schock der Covid-19-Pandemie hat gezeigt, dass durchaus Handlungsfähigkeit besteht, wenn der politische Wille da ist: mit Next Generation EU wurden 750 Milliarden Euro zur Abfederung der wirtschaftlichen Folgen mobilisiert, erstmalig zum Teil auch durch gemeinschaftlich behaftete Anleihen. Dadurch konnte ein dauerhafter Einbruch der Wirtschaft verhindert werden – große Teile der Investitionen gingen dabei in Zukunftsprojekte zur digitalen und ökologischen Transformation. Nach dem Auslaufen des Programms Next Generation EU in 2026, verbunden mit steigenden Zinskosten in den nationalen Hauptstädten, benötigt die EU eine neue fiskalpolitische Kapazität in der Größenordnung von NextGenEU.

Entbürokratisierung endlich auf den Weg bringen

Damit eine Investitionsoffensive in Gang kommt und die Projekte zur Dekarbonisierung und ökologischen Transformation in die Wege kommen, ist ein massiver Abbau von bürokratischen Hemmnissen, Vorschriften und Rechtsunsicherheiten von kommunaler bis zur Europaebene notwendig. Europäische Gesetzgebung muss wieder ernsthaft auf ihren bürokratischen Aufwand und Kosten überprüft werden. Zudem müssen das Zusammenspiel und Überlappen der verschiedenen Legislativprojekte deutlicher beachtet und vermieden werden.

Die angekündigten »Omnibus-Initiativen« zur Zusammenlegung der Berichtspflichten und Anpassung von EU-Regularien sind zu begrüßen und im Rat zu unterstützen. Bis dahin sollten bestehende unternehmerische Berichtspflichten auf on-hold gesetzt werden. Eine Verringerung der Verwaltungslast muss auch zwingend einhergehen mit einer grundsätzlichen Verwaltungsmodernisierung. Die Europäische Kommission hat die Reduzierung von Berichts- und Bürokratiepflichten von 25 Prozent angekündigt. Dazu muss die Kommission endlich einen konkreten Aktionsplan vorlegen. Bei zukünftigen Rechtsetzungen muss mindestens das Prinzip »One-in-one-out« zur Anwendung kommen. Die Kommission wird zudem einen jährlichen Bürokratiebericht vorlegen, in dem die Bürokratiekosten benannt und Vorschläge für einen kontinuierlichen Bürokratieabbau gemacht werden.

No more German Vote & Gold-Plating

Die Geschäftsordnung der Bundesregierung sieht eine konsensuale Arbeit vor, die Ressortkoordinierung (häufig genug bei geteilter Federführerschaft) gleicht einem politischen Labyrinth. Die Unfähigkeit der Koalitionspartner der vergangenen Regierungen hat dazu geführt, dass sich seit Jahren in Brüssel der Begriff des »German vote« für die Enthaltung der Bundesregierung im Rat der Europäischen Union etabliert hat. Dieses »German vote« muss mit der neuen Bundesregierung Geschichte werden – durch klare Federführerschaft in der Ressortkoordinierung und politischer Steuerung im Bundeskanzleramt.

Deutschland ist zudem Europameister darin geworden, Richtlinien über die Anforderungen hinaus umzusetzen und eigene nationale Regulierung einzuführen, die europäischen Bemühungen entweder vorausgreifen oder sie konterkarieren. Auch dies muss mit Beginn der neuen Bundesregierung der Vergangenheit angehören.

Die Europäische Union ist unsere Zukunft – mit einem starken wirtschaftlichen Fundament

Die Europäische Union ist ein Versprechen auf Frieden, Freiheit und Wohlstand. Nichts davon ist selbstverständlich, alle drei Dimensionen müssen beständig verteidigt, erneuert und bekräftigt werden.

Deutschland als das größte und wichtigste Land in der Mitte Europas muss dabei eine Führungsrolle einnehmen. Die deutsch-französische Achse muss nicht nur wiederbelebt werden, sondern zu einem Motor für die Weiterentwicklung der EU werden.

Impressum

Herausgeber **Wirtschaftsforum der SPD e.V.**
vertreten durch das geschäftsführende Präsidium
Prof. Dr. Ines Zenke (Präsidentin)
Prof. Dr. Susanne Knorre (Schatzmeisterin)
Dr. Peter Güllmann (Vizepräsident)
Matthias Machnig (Vizepräsident)
Philipp Schlüter (Vizepräsident)
Dr. Tanja Wielgoß (Vizepräsidentin)
Michael Wiener (Vizepräsident)

V.i.S.d.P. Dr. Frank Wilhelmy, Geschäftsführer

Registereintrag im Vereinsregister beim Amtsgericht Charlottenburg unter der Registernummer VR 33920. Das Wirtschaftsforum der SPD e.V. ist registrierter Interessenvertreter zur Registernummer: R000328 des Lobbyregisters beim Deutschen Bundestag und unterliegt dem gesetzlichen Verhaltenskodex des LobbyRG.

Anschrift Dorotheenstraße 35
10117 Berlin

Telefon +49 (0)30 86388330
E-Mail mail@spd-wirtschaftsforum.de
Internet spd-wirtschaftsforum.de

Gestaltung und Satz Anette Gilke, Hannover

März 2025